

KERAMISCHER

VII/Nr. 50 BERLIN 10. Dez. 1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr Verantwortlich: Edwin Nenninger Verlag: Hermann Gröndel, beide Charlottenburg 1, Braustraße 2-5 Ruf: C 4 Wilhelm 5646 und 5647. Druck: A. Janiszewald GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Wochen-Ereignisse

Im Freistaat Anhalt verbot das Nazi-Ministerium Freyberg in der Woche zum 3. Dezember vier sozialdemokratische Zeitungen. Das Verbot wird als ein Versuch aufgefaßt, die Berichterstattung im Landtag über die verhängnisvolle Wirtschaft der „nationalen Konzentration“ zu unterbinden.

Bei den Wahlen zur Drosdener Industrie- und Handelskammer konnten die Nationalsozialisten — ebensowenig wie in Plauen und Zittau — keinen Kandidaten durchbringen.

In der Nacht zum 30. November überfielen in Berlin zahlreiche Nationalsozialisten das kommunistische Verkehrslokal in der Pflugschneidestraße und verletzten 2 Kommunisten schwer sowie 6 leicht. Die SA-Leute feuerten dabei mehrere Schüsse ab. Die Täter konnten flüchten.

Der nationalsozialistische Amtsgerichtsrat Meinecke in Hasselfelde (Harz) machte mit einem in Hasselfelde in Untersuchung sitzenden, mit Zuchthaus und Gefängnis vorbestraften Gefangenen Fleischer namens Metzger (er nannte sich: Frohberg, von Wangenock und Freienfels) Auto- und Vergnügungstouren in den Harz. Der Gefangene gab sich als strammer Nazi-Mann aus. Das genügt, daß der Amtsgerichtsrat Duzbrüderschaft mit ihm machte, und daß er ihn seiner Familie vorstellte. Auf einer Karte an die Frau des Amtsgerichtsrats schrieb er: „Küssen Sie mir den Nazi-Bub.“ Ein Disziplinarverfahren ist gegen den Nazi-Beamten eingeleitet.

In der Düsseldorf-Filiale der Deutschen Bank ereignete sich ein großer Finanzskandal. Der Bankbeamte Dr. Wilhelm Schäfer, der Vertrauensmann einiger rheinischer Industriellen, voruntrotzte 5 Millionen Reichsmark durch falsche Buchungen und ging flüchtig. Schäfer betrieb Jahre hindurch einen Vertrauensbruch allergrößten Stils und brachte den zunächst Beteiligten eine große Enttäuschung. Der Fall beleuchtet das kapitalistische Bankensystem wieder einmal in drastischer Weise. Gelingen die Finanztransaktionen, ist es gut, solange sie fehl, ist der Skandal da, im ersten Fall sind die Akteure geachtete und geniale Menschen, im zweiten Fall Verbrecher.

Die Reichsregierung hat die Prüfung des sozialdemokratischen Volksbegehrens zur Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Papen-Notverordnungen vom September abgeschlossen und beabsichtigt, die Durchführung vor sich gehen zu lassen.

Die ehemaligen Ententestaaten sind dem reichen Amerika noch hohe Summen aus dem Kriege schuldig. Sie hoffen, die Vereinigten Staaten würden nach dem gewährten Moratorium die Kriegsschulden streichen. Das tat Amerika nicht. Darob waren die europäischen Ententestaaten etwas empört, aber es blieb ihnen nichts anderes übrig, sie müssen zahlen. Der Abrüstungsfrage und der Weltwirtschaftskonferenz kommt die Haltung der Vereinigten Staaten nicht zugute.

Die belgischen Kammerwahlen brachten den Sozialisten einen erheblichen Stimmengewinn. Die Mandatszahlsteigerung von 70 auf 73 Sitze drückt den Gewinn an Stimmen nicht in vollem Maße aus. Die Katholiken kamen von 76 auf 80 Mandate, die Liberalen von 28 auf 23, die Kommunisten von 1 auf 3 und die Flämische Frontpartei von 12 auf 8.

Die 30-Stunden-Woche unter Beibehaltung der gegenwärtigen Löhne forderte der amerikanische Gewerkschaftskongress in Cincinnati. Auch für die Regierungsangestellten wird die 30-Stunden-Woche gefordert.

Nach Washington, der Hauptstadt der Vereinigten Staaten Nordamerikas, wurden im Laufe der ersten Dezemberwoche weitere Hungermärsche von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Farmern veranstaltet.

Ein amerikanischer Erdbebenforscher stellt im „Nieuwe Rotterdamse Courant“, die Behauptung auf, daß die letzten Erdbeben im holländischen und niederländischen Gebiet eine Folge der Trockenlegung der Zuidersee seien. Die Abdämmung der Wassermassen habe Gewichtverschiebungen der Erde hervorgerufen, die zu Erdbeben führten.

Zwischen Frankreich und Rußland wurde in Paris am 29. November ein Nichtangriffspakt abgeschlossen.

Der Schweizer Bundesrat beschloß, alle kommunistischen Beamten, Angestellten und Arbeiter aus dem Bundesdienst sofort zu entlassen.

Forderungen der Gewerkschaften zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit

Der Reichswehrminister von Schleicher hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vorzüglichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat sodann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 1. November die Forderungen des ADGB schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben an den Reichswehrminister lautet:

„Sehr geehrter Herr Minister, unter Bezugnahme auf die gestrige mündliche Besprechung erlaube ich mir hiermit, Ihrem

Wunsche gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfaßten Betrieben die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Überzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerergutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt

werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverbreiteten Organisation mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitsstellen wurden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

in für Beschäftigte: blieb die Arbeitszeit unverändert 528 129 811 wurde die Arbeitszeit verlängert 250 58 117 wurde die Arbeitszeit verkürzt 165 45 959 Verlängerte Arbeitszeit und Ueberstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unstrittig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditschöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht gezeitigt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuergutscheine verwaundet sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/2 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung frei machen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitslosen unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ortschaftlichen Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben; die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangestastet bleiben.

Eine neue Reichsregierung von Schleicher Reichskanzler

Nach langwierigen Verhandlungen und Beratungen aller möglichen Stellen wurde endlich der bisherige Reichswehrminister von Schleicher mit der Neubildung der Reichsregierung betraut und zum Reichskanzler ernannt, er wird auch das Amt des Reichswehrministers behalten. Der unbelohrbare Kanzler des Unheils von Papen kehrt also nicht wieder. Aber eine Anzahl bisheriger Minister befinden sich auch im neuen Kabinett von Schleicher. Die Geschicke Deutschlands soll also ein neues Präsidialkabinett mit viel Baronen lenken. Es soll gewillt sein, seine Aufgaben mit mehr Geschick und nicht gegen den Reichstag und nicht gegen das Volk zu erfüllen. Sogar die Lohnabnah- und Notverordnung soll geändert werden. Der neue Kurs soll sich nicht mit der plumpen Schärfe wie unter Papen gegen die Arbeiterschaft richten. Einzelne Männer der neuen Regierung mögen ja dieser Ansicht sein, ob aber die Hauptinteressenten damit einverstanden sind, ist eine andere Sache. Man wird am besten abwarten, ob die Taten der neuen Regierung mit den Vermutungen übereinstimmen werden. Trotzdem besteht bei der Arbeiterschaft noch ein berechtigtes Mißtrauen gegen die alten Minister im neuen Kabinett, und selbst neue Männer wie Dr. Bracht sind durch den Papen-Kurs außerordentlich schwer belastet. Militärs führen die Politik Deutschlands, der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg und Reichskanzler General von Schleicher. Nach alledem, was hinter uns liegt, kann die Arbeiterschaft an

diesen Ausgang der Dinge keine Freude haben, denn ein Präsidialkabinett in dieser Zusammensetzung und seiner Abhängigkeit von soviel Interessenten, mit ungenügendem Rückhalt in den Parteien und unter so schwerem Krisendruck wird die Versuche des bisherigen Kurses fortsetzen, wenn es Bestand haben soll. Das liegt schon im Wesen der Entwicklung. Aber mit dem verstärkten Widerstand der Arbeiterschaft wird es dabei rechnen müssen. Trotzdem die Gewerkschaften bei dieser Regierungsbildung von dem neuen Kanzler befragt wurden, werden sie die Handlungen der neuen Regierung abwarten und ihre Rechte so vertreten, wie es die Verhältnisse gebieten. Die Arbeiterschaft läßt sich nicht zwingen, sie wird kämpfen, das hat sie unter dem Papen-Regim bewiesen. Ob die Kämpfe im Parlament oder außerhalb durchgeführt werden, hängt ganz vom neuen Regierungskurs ab.

Die neue Reichsregierung hat folgende Zusammensetzung:

- Kanzler und Wehrminister: v. Schleicher;
- Innenminister: Dr. Bracht;
- Außenminister: v. Neurath;
- Wirtschaftsminister: Prof. Dr. Warmbold;
- Arbeitsminister: Dr. Syrup;
- Ernährungsminister: v. Braun;
- Finanzminister: v. Scherwin-Krosigk;
- Verkehrsminister: v. Eltz-Rübenach;
- Justizminister: Dr. Gürtner;
- Minister und Reichskommissar für die preußischen Finanzen: Dr. Popitz.

Agitationsergebnisse im Monat Oktober

In der vorigen Nummer wurden bereits einige Agitationserfolge mitgeteilt. Diesmal folgen weitere von einigen Gauen. Es melden Neuaufnahmen:

Gau I	Kempten	12
Hameln	Monsburg	4
Gau V	München	85
Rastenburg	Rosenheim	2
Gau VII	Türkheim	12
Döbeln	Zwiesel	110
Gau VIII	Gau XIV. Nachtrag	
Katzhütte	Gammersbach	2
Gau X	Leverkusen	7
Altötting	Gau XV	
Augsburg	Lauenburg/Elbo	
Bruckmühl	24 Neuaufn. im Nov.	

Diese Ergebnisse sind erfreulich. Sie spornen zu reger Werbearbeit an. Weiter rührig agitieren. Neue Mitglieder heranziehen. Den Verband stärken. Das ist jetzt unsere große Aufgabe.

Die Zahlstelle Sonneberg erzielte in den Monaten Oktober/November 86. Boitzenburg (Elbe) im letzten Vierteljahr 28 Aufnahmen.

Im Gau 6 wurden in den Monaten August, September, Oktober folgende Aufnahmen gefordert:

Breslau	130	Waldenburg	134
Oppeln	76	Weißwasser	109
Ratibor	83		

In der Zahlstelle Osterode wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November 68 Aufnahmen gefordert.

